

**Ausgabe
48/06**

**Mittwoch
29. Nov. 2006**

Einzelpreis € 1.50

Postvertriebsstück
Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt - K 2846
Zahnärztlicher Fach-Verlag
Postfach 10 18 68 · 44608 Herne

www.dzw.de

Die Zahnarzt Woche **DZW**

Unabhängige Wochenzeitung für Zahnarzt und Dentalmarkt

Die Woche im Blick

„Mehr Medizin für
die Zahnheilkunde
von morgen“ (1) 3

„Gleichschaltung“
ist überspitzt 5

DAZ fordert besseren
Schutz der Kinder vor
Vernachlässigung 6

DMS IV zeigt Erfolge
und neue Risiken 10

Einsatz von
Tens-Geräten in der
CMD-Therapie 12

Internet 14–17

Stichwort Hygiene –
Neues vom „Püster“ 18

Der Weg zum DGZI-
geprüften Fachlabor 20

Minimalistische
Klarheit des Systems
erlaubt ein sicheres,
schnelles Arbeiten 25

Leserforum 27

Für BZÄK-Präsident Weitkamp kann Gesundheitswesen nur in Freiberuflichkeit funktionieren – außerordentliche Bundesversammlung am 15. Januar 2006 soll neue „Honorarordnung Zahnärzte“ beschließen:

Der Basiskostenfaktor des neuen Zahnarztthonorars sind 3,38 Euro pro Minute

Die schwarz-rote Koalition drohe mit der Reform des Gesundheitswesens, voran dem Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG) und dem bereits beschlossenen Vertragsarztrechtsänderungsgesetz (VÄndG), das „bewährte System der Selbstverwaltung mit seinem auf Interessensausgleich angelegten Charakter ebenso zu zerstören wie die Freiberuflichkeit des zahnärztlichen Berufsstandes“. Die Große Koalition führe, so der Präsident der Bundeszahnärztekammer (BZÄK), Dr. Dr. Jürgen Weitkamp, auf dem Deutschen Zahnärztetag am Wochenende in Erfurt, das deutsche Gesundheitswesen in einen „nationalen Gesundheitsdienst im Sinne einer zentralen Verwaltungswirtschaft über“.

Zerstörung der Freiberuflichkeit

Die Bundesversammlung beschloss in Erfurt, am 15. Januar 2006 in Berlin eine außerordentliche Bundesversammlung abzuhalten, um eine neue „Honorarordnung Zahnärzte (HOZ)“ zu

beschreibungen einer präventiv-orientierten Zahnheilkunde“ und einem Prognos-Gutachten, das als leistungsgerechtes Basis-honorar einer zahnärztlichen Minute im Durchschnitt 3,38 Euro errechnet hat. Dies soll nun als betriebswirtschaftliche Grundlage für den zu erstellenden Gebührenkatalog dienen.

„Freiberuflichkeit ist ein hoher Wert“, so der Präsident der Bundeszahnärztekammer, „weil wir nur in Freiberuflichkeit unsere Patienten so behandeln können, wie das unserer fachlichen und persönlichen Verantwortung entspricht“. Die Patienten würden das Tag für Tag anerkennen, die Regierung nicht, sonst würde man sich des Sachverstands der freien Heilberufe bei der Gestaltung der Politik bedienen. Weitkamp: „Der freiberufliche Zahnarzt kann gerade auch der Politik am besten sagen, dass nicht Staatsdirigismus, sondern ein gut funktionierendes Zahnarzt-Patienten-Verhältnis mit der Priorität der Selbstbestimmung gute Gesundheitspolitik ausmacht“.

Die Große Koalition, und dies

einer Zentralisierung und nach einer völligen Ausschaltung der Selbstverwaltung.

Weitkamp: „An die Stelle von Konsensbildung der Selbstverwaltungen treten staatsmonopolistische Entscheidungen, wenn zukünftig die Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) staatlich festgelegt werden“. Die Reformpläne seien durch ein einziges Ziel bestimmt: „die Aufrechterhaltung dieser Regierung und ihrer Chefin“. Unter dem Etikettenschwindel der Wettbewerbsstärkung sei die Gesundheitspolitik zur reinen Machtfrage degradiert worden. Weitkamp: „So geht man nicht mit dem Wohl der Patienten um“.

Große Koalition strebt nach Ausschalten der Selbstverwaltung

Der Präsident der Zahnärzteschaft prophezeite der Regierung, das man mit dem nun beschlossenen Weg des Staatsdirigismus auf Dauer nur einen „freiberuflichen Nebenmarkt“ schaffen werde, der mit der Gleich-

KZBV
dem
und Z
an de

KZ

die

den

M

ärzte“
(
gen Fe
Vorstan
das Re
Koaliti
in Grun
wurde o



Der KZ
Dr. Jür
eine n
en dar
und K
der Fr
möcht
Franch